

2

3 **Antragsteller: Arbeitsgemeinschaften in der NRWSPD: AG 60 plus, AfA, AsF, AsJ, MuV,**
4 **Queer, AfB, Selbst Aktiv, Jusos**

5

6 **Adressat: SPD-Bundesvorstand,**

7 **Zur Info an die Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften und an den NRW-**
8 **Landesparteirat**

9

10 **Betreff: Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD**

11

12 **Der Landesvorstand möge beschließen:**

13

14

15 Der Landesvorstand der NRWSPD wird aufgefordert, sich für die Abschaffung einer
16 Registrierungspflicht für die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften einzusetzen. Zumindest
17 sollten Änderungen in den o.g. Richtlinien beim Bundes-Parteivorstand durchgesetzt
18 werden, die keine Koppelung von Delegiertenmandaten an der Anzahl registrierter
19 Mitglieder festmachen, so wie es im Teil II, 2. Bundeskonferenz (Besonderer Teil)
20 beschrieben ist.

21 Durch die Richtlinien dürfen nicht Mitglieder erster und zweiter Klasse geschaffen werden.

22 Ein von der Mitgliedschaft getrenntes Teilnahmerecht an der Arbeit unserer

23 Arbeitsgemeinschaften verstößt gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, der für alle

24 Mitglieder der AGen gilt. (Siehe Richtlinien I. Allgemeiner Teil 2., Absatz 5).

25 Die Pflicht zur Registrierung stellt einen erheblichen Aufwand und eine fortwährende

26 Belastung dar, worunter die politische Arbeit nur leiden kann. Außerdem wäre das

27 unausweichliche Konkurrenzverhalten in den Bezirks- und Landesverbänden bezüglich der

28 Registrierungsbemühungen mehr als kontraproduktiv und würde die politische Arbeit

29 ebenfalls stark behindern.

30

31 **Begründung**

32 Durch den Eintritt und durch die regelmäßige Beitragszahlung ist man unseres Erachtens

33 aktives Mitglied der Partei und selbst Mitglieder, die sich nicht darüber hinaus in

34 Arbeitsgemeinschaften oder Arbeitsgruppen engagieren, sind wichtige Multiplikatoren für

35 die SPD. Oft ist ein Engagement in Sozialverbänden, Vereinen und Gewerkschaften mit

36 dieser Mitgliedschaft verbunden, dies muss für die SPD weiterhin eine wichtige

37 Aufgabenwahrnehmung bleiben und darf nicht zu „Einschränkungen“ auf Mandatsebene

38 führen.

39